



Bensberger Gespräche ***28.-30. Januar 2008 in Bensberg***

Tagungsdokumentation
Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Dienstag, 29. Januar

Inputs

3. Der Islam in Zentralasien – Eine Wiedergeburt?

Dr. Uwe Halbach, Forschungsgruppe Russland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Uwe Halbach begann seine Ausführungen mit einer regionalen Zuordnung Zentralasiens, für das er eine Doppelfunktion als postsowjetischer Raum wie auch als Teil der islamischen Welt konstatierte. Zentralasien sei eine Region mit etwa 55 bis 60 Millionen Bewohnern, von denen die Mehrheit islamischen Glaubens sei. In diesem Kontext, so Halbach weiter, sei darauf hinzuweisen, dass der Islam auch in Russland die zweitgrößte Glaubensrichtung darstelle. Vor allem im Nordkaukasus zeigten sich islamistische Strömungen, aber auch im zentralasiatischen Ferghana-Tal sei dieses Phänomen zu beobachten.

Zentralasien und Islam

Zentralasien stelle lediglich einen winzigen Ausschnitt aus dem islamischen Zivilisationsraum dar, betonte Halbach – und liege obendrein an dessen Peripherie. Dies, so der Referent, sei allerdings nicht immer so gewesen. Der südliche Teil Zentralasiens mit den Städten Buchara und Samarkand habe früher ein Bildungszentrum der islamischen Welt dargestellt. Viele Glaubensbewegungen hätten hier ihren Ursprung – eine sehr prominente Variante in diesem Kontext sei der historische Sufismus. Generell gelte, so Halbach weiter, dass die im überwiegend sunnitischen Zentralasien beheimateten Rechtsschulen etwas liberaler seien als beispielsweise diejenigen im arabischen Raum.

Unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, so der Referent, habe man in den zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken den Eindruck gewinnen können, hier finde kein wirklich islamisches Leben statt. Von einer islamischen "Wiedergeburt" könne erst Mitte der 1990er gesprochen werden, als islamische Bildungseinrichtungen revitalisiert und in zunehmendem Maße Moscheen gebaut worden seien. Halbach verwies darauf, dass dies zeitlich einhergegangen sei mit der geopolitischen Neuentdeckung Zentralasiens durch den Westen. Die westliche Auseinandersetzung mit der Region sei dabei durch fragwürdige historische Vergleiche (Stichwort "great game"), die Konzentration auf deren Rohstoffreichtum und eben auch die Entdeckung der Tatsache, dass Zentralasien islamisch geprägt sei, gekennzeichnet gewesen.

Die "islamistische Gefahr" I

In den Augen der Regierungen der Region und auswärtiger Beobachter sei in dieser Zeit die Befürchtung entstanden, die islamische "Wiedergeburt" im postsowjetischen Zentralasien könne sich radikalieren, fuhr Halbach fort. In westlichen Medien wäre immer wieder das Thema "Islam und Gewalt" aufgetaucht. Der Bürgerkrieg in Tadschikistan, militärische Aktionen einer islamistischen usbekischen Gruppe 1999 und die Terroranschläge in Usbekistan 2004 schienen die Befürchtungen einer Radikalisierung des Islam in Zentralasien zu bestätigen. 2007 dann, als im pakistanischen Grenzland auch Kämpfer aus Zentralasien auftauchten, sei in westlichen Sicherheitskreisen eine mögliche internationale Vernetzung islamischer Dschihad-Bewegungen diskutiert worden, wobei Zentralasien innerhalb dieses Szenarios die Funktion eines logistischen Hinterlandes zugekommen sei.

Allerdings, hob Halbach hervor, müsse die Zentralasien hierbei beigemessene Bedeutung durchaus relativiert werden. Die größte Gefahr bestehe wohl darin, dass die Region in unmittelbarer Nachbarschaft Afghanistans liege. Informationen über islamistische Aktivitäten in Zentralasien seien äußerst lückenhaft, die Einschätzungen im Westen fielen vage und sehr unterschiedlich aus. Ein Problem stellten die übertriebenen Warnungen der zentralasiatischen Regierungen vor einer islamistischen Gefahr dar, die sie instrumentalisierten, um von eigenen Problemen abzulenken.

Wahhabiten – Hizb ut Tahrir – IBU

Im Folgenden erläuterte Halbach drei Termini zur Identifikation radikaler Islamisten in Zentralasien. Unter den "Wahhabiten" verstehe man die Vertreter einer puristischen und an der Frühphase des Islam orientierten Lehre. Allerdings werde der Begriff inflationär verwendet; es bestehe das Problem der mangelnden Unterscheidung zwischen lediglich religiös Aktiven, aktiven, aber friedlichen Islamisten und militanten Dschihad-Kämpfern. Insofern sei dieser Begriff nur äußerst begrenzt tauglich für eine Diskussion über radikalen Islamismus.

Was nun "Hizb ut Tahrir" angehe, erläuterte Uwe Halbach, so sei dies die Selbstbezeichnung eines islamistischen Netzwerks, das für die Regierungen der zentralasiatischen Staaten als der Feind schlechthin gelte. Das Netzwerk habe eine globale Ausrichtung mit Hauptquartieren in Europa. Es sei 1953 in Palästina gegründet worden und habe Mitte der 1990er Jahre Zentralasien als Betätigungsfeld entdeckt, wo es regionale und soziale Probleme aufgreife. Die Mitglieder des Netzwerks stellten die aktuelle Grenzziehung in Frage, verbreiteten Hasspropaganda gegen die herrschenden Machteliten und forderten in Form eines transnationalen Appells die Ausrufung eines Kalifats. "Hizb ut Tahrir" sei sehr konspirativ, fuhr Halbach fort, es sei kaum möglich, die Zahl der Mitglieder einzuschätzen. Sicher sei aber, dass hier nicht von einer Massenbewegung gesprochen werden könne. Das Netzwerk stoße allenfalls auf eine gewisse Resonanz in den Grenzregionen des Ferghana-Tals. Auch habe sich "Hizb ut Tahrir" offiziell vom Terrorismus distanziert, betreibe aber eine Hasskampagne gegen zentralasiatische und westliche Regierungen.

Die IBU (Islamische Bewegung Usbekistans) schließlich sei sehr eindeutig mit Gewalt in Verbindung zu bringen, stellte Halbach klar. Vor 2001 habe die Bewegung eine Verbindung nach Afghanistan gehabt, allerdings sei ihr militärischer Flügel dort inzwischen zerschlagen worden. Seitdem habe die IBU versucht, sich als pan-islamische Organisation zu reorganisieren – nach westlichen Analysen allerdings mit bescheidenem Erfolg. Angaben zentralasiatischer Regierungen zur Stärke und Gefahr dieser Organisation müssten, so Halbach, mit Vorsicht genossen werden. Teils werde die Organisation instrumentalisiert, um von eigenen Problemen abzulenken, teils werde sie wohl wirklich als Bedrohung empfunden.

Die "islamistische Gefahr" II

Was nun den Einfluss islamistischer Netzwerke in der Region angehe, fuhr Halbach fort, so belegten Meinungsumfragen, dass die Bedeutung von Religion zwar allgemein gewachsen sei und von einer Mehrheit der Bevölkerung auch eine größere politische Bedeutung des Islam erwünscht werde. Aber Einstellungen, die sich gegen die säkularen politischen Systeme richteten, seien minoritär. Vielmehr habe das Problem in den postsowjetischen zentralasiatischen Staaten darin bestanden, dass die Religionsbürokratie – ein Erbe der sowjetischen Religionspolitik – an den selben Problemen krankte wie die Staaten selbst und dem islamistischen Angebot somit nichts hätte entgegensetzen können. Daher habe sich ein reger Austausch mit dem Ausland, vor allem mit Saudi-Arabien und Pakistan, entwickelt. Und dies, betonte Halbach, berge in der Tat eine Gefahr in sich. Die offiziellen islamischen Bildungseinrichtungen in Zentralasien verlören an Einfluss, Religion verlagere sich zumindest teilweise in private, informelle Zirkel.

In politischer Hinsicht, fuhr Halbach fort, böte der islamistisch-terroristische Nexus für die Regierungen der Region den Anlass für eine sehr doppelbödige Politik. Einerseits restaurierten sie mit viel Aufwand Symbole des Islam und gründeten neue islamische Bildungszentren. Andererseits betrachteten sie jede autonome religiöse Aktivität als potentiell staatsfeindlich. Anders ausgedrückt, so Halbach, sie beanspruchten für den Staat das Monopol auf die "Wiedergeburt" des Islam. Demzufolge gingen die zentralasiatischen Regierungen rigide gegen jede Form religiöser Opposition vor, mit der Folge, dass staatliche Repression und islamische Opposition sich gegenseitig hochschaukelten.

Zusammenfassend hielt Halbach fest, dass der Einfluss der islamistischen Ideologie in Zentralasien wesentlich geringer sei als beispielsweise in Afghanistan oder Pakistan. Dennoch, so der Referent, müsse die politische Radikalisierung der islamischen Opposition in der Region auf unserem Monitor bleiben. Wer allerdings den Blick auf Zentralasien richte, dürfe nicht nur die islamistische Gefahr sehen, sondern müsse auch die anderen Probleme im Auge behalten – die Verletzung der Menschenrechte, die sozio-ökonomischen Ungerechtigkeiten, Korruption und Drogenhandel sowie die Erdrosselung der säkularen Opposition beispielsweise in Usbekistan.